

An den
Vorsitzenden des
Kreistages des
Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

30. August 2007

10. Kreistagssitzung am 21. September 2007

Antrag: Einrichtung eines Schulmittelfonds

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
DIE LINKE Fraktion stellt zur Sitzung des Kreistages am 21. September 2007 folgenden Antrag.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss richtet einen Schulfonds für Kinder einkommensschwacher Eltern ein. Aus diesen Mitteln wird die Anschaffung von Schulmaterialien bezahlt.

Begründung

Auch im Main-Kinzig-Kreis leben Kinder, deren Eltern arbeitslos sind bzw. trotz Arbeit nur ein geringes Einkommen haben. Diesen fällt es außerordentlich schwer, das Geld für die Ausstattung ihrer Kinder mit Lernmitteln, die sie neben den zur Verfügung gestellten Schulbüchern brauchen, aufzubringen.

Die Schule gibt den Eltern meist eine Liste mit genauen Vorgaben mit. Da geht es in der Grundschule beispielsweise um die Anschaffung bestimmter Schulhefte, Umschläge, Ordner, Stifte, Bastelmaterialien, Farbkästen und Arbeitshefte zum Reinschreiben und Ausfüllen. Hinzu kommt regelmäßig zu bezahlendes Kopiergeld. Dies summiert sich schnell auf mindestens 50 Euro im Schuljahr und stellt Familien mit mehreren schulpflichtigen Kindern vor große finanzielle Probleme.

In den weiterführenden Schulen ist noch weit mehr finanzielle Eigenleistung der Eltern gefragt, wenn Taschenrechner, Zirkel, PC-Ausstattung, spezielle Literatur u.v.m. bezahlt werden müssen.

Nach den neuen Bestimmungen des SGB II und SGB XII besteht für die Beschaffung von Schulmaterial kein selbstständiger Leistungsanspruch mehr. Es ist leicht nachvollziehbar, wie stark ein Kind, das von ALG II leben muss, benachteiligt ist. Wie schwer es ihm fallen muss, in der Schule erfolgreich zu sein und sich nicht im sozialen Abseits zu fühlen.

Wir wollen, dass alle Schulkinder quantitativ und qualitativ gleichermaßen gut ausgestattet am Unterricht teilnehmen können. Darum soll der Kreis einen Fonds einrichten, aus dem der tatsächliche Schulbedarf von Kindern, deren Eltern ALG II oder Sozialhilfe beziehen, bezahlt wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heidi Bauer
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer